

Inhalt

Aktuelle Rechtssprechung im Beamtenrecht:

Das An- und Ablegen der Polizeiuniform ist keine Arbeitszeit.....1

Neues von rehmnetz.de.....4

Beamten-Blog.....4

Markus Pferinger

*Rechtsanwalt und Lehrbeauftragter für Öffentliches Recht
an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
meyerhuber rechtsanwälte partnerschaft, Ansbach*

Aktuelle Rechtssprechung im Beamtenrecht: Das An- und Ablegen der Polizeiuniform ist keine Arbeitszeit

Dieser Beitrag befasst sich mit der Frage, inwiefern die Zeit, welche Polizeibeamte im Wach- und Wechseldienst für das An- bzw. Ablegen der Polizeiuniformen benötigen, als Arbeitszeit zu qualifizieren ist.

Hierzu werden die aktuelle Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen vom 2.12.2010 (AZ: 6 A 979/09) und das vorinstanzliche Urteil des VG Aachen vom 10.1.2008 (AZ: 1 K 469/07) besprochen.

I. Sachverhalt und Prozessverlauf in der 1. und 2. Instanz

Der Kläger ist Polizeikommissar und als Streifenbeamter im Wach- und Wechseldienst in Nordrhein-Westfalen eingesetzt.

Der Kläger zog es vor, seine Dienstuniform vor Schichtbeginn am Dienort anzulegen bzw. nach Schichtende abzulegen und die Dienststelle daher in ziviler Kleidung aufzusuchen bzw. zu verlassen.

Für das An- und Ablegen der Kleidung, und sonstigen Ausrüstungsgegenstände sowie Informationsaustausch mit den Beamten der vorausgegangenen Schicht und Übergabe des Einsatzfahrzeugs benötigte der Kläger vor und nach Schichtbeginn ca. 12 bis 15 Minuten.

Diese Zeiten wurden jeweils als Vorbuchung und als Nachbuchung zu den Schichtdienstzeiten erfasst.

Im Frühjahr des Jahres 2005 wurde die Rückbuchung dieser Übergabezeiten angeordnet. Ein klägerseits durchgeführtes Widerspruchsverfahren blieb erfolglos.

Der Klage gegen die Rückbuchung vor dem VG Aachen wurde stattgegeben, insbesondere wurde festgestellt, dass das An- und Ablegen der Polizeiuniform in der Dienststelle und kurze Übergabesprache zwischen den Bediensteten der nachfolgenden Dienstschrift zum regulären Dienst eines Polizeivollzugsbeamten gehören.

Das beklagte Land hatte gegen das erstinstanzliche Urteil Berufung eingelegt. Diese war lediglich teilweise erfolgreich. Die Klage wurde abgewiesen, soweit hier die Feststellung begehrt wurde, dass die Zeit, die für das An- und Ablegen der Polizeiuniform in der Dienststelle erforderlich ist, als Arbeitszeit im i.S.v. § 1 AZVOPol (Verordnung über die Arbeitszeit der Polizeivollzugsbeamten des Landes Nordrhein-Westfalen) zu qualifizieren sei.

Ausdrücklich muss darauf hingewiesen werden, dass Streitgegenstand der Entscheidung des OVG nicht die so genannten Übergabe- und Rüstzeiten waren,



Produkttipps

Kathke/Pfeffer/Speckbacher

Beamtenrecht

Checklisten, Muster



Loseblattwerk im Ordner

ISBN 978-3-7685-8360-2

€ 99,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen

€ 99,95 ohne Aktualisierungslieferungen

[\[Mehr Info\]](#)

Das Loseblattwerk Beamtenrecht – Checklisten und Muster bietet eine effiziente Arbeitshilfe für die schnelle und sichere Erledigung beamtenrechtlicher Maßnahmen. Dargestellt werden die beamtenrechtlichen Vorgänge, die in der täglichen Praxis immer wieder anfallen.

Checklisten zeigen auf, welche rechtlichen Voraussetzungen für eine Entscheidung zu beachten sind.

Zahlreiche Muster helfen Ihnen bei der Umsetzung (z. B. Urkunden und andere Verfügungen).

Anmerkungen erläutern und verdeutlichen die Muster.

in welchen für die nächste Schicht relevante Informationen ausgetauscht werden oder die Übernahme/Übergabe bestimmter Einsatzmittel erfolgt.

Der Zulassungsantrag hinsichtlich dieses Streitgegenstandes wurde aufgrund unzureichender Darlegung abgelehnt.

II. Das Urteil des VG Aachen

Das erstinstanzliche Gericht folgte der Argumentation des Klägers und sah im An- und Ablegen der Polizeiuniform in der Dienststelle einen zum regulären Dienst eines Polizeivollzugsbeamten gehörenden Teil.

Insbesondere wurde argumentiert, dass der betroffene Polizeivollzugsbeamte seinen Dienst nicht aufnehmen könne und er darüber hinaus zum Tragen der Dienstkleidung nach der Dienstkleidungsverordnung verpflichtet sei. Da ein Uniformträger das eindeutige Signalbild „Polizei“ vermittele, habe die Uniform auch eine Schutz- und Sicherheitsfunktion. Unter diesem Aspekt stelle die Polizeiuniform ein wichtiges Arbeitsmittel dar, was dazu führe, dass das Anlegen der Uniform für den Polizeivollzugsbeamten ein wesentlicher Bestandteil der Dienstverrich-

tung sei. Der Sachverhalt sei hier vergleichbar mit den Fällen, in welchen eine Dienstkleidung als Sicherheitskleidung aus Gründen des Arbeitsschutzes angelegt werden muss.

Nach der Argumentation des VG Aachen spiele es darüber hinaus keine Rolle, dass es dem Beamten auch gestattet ist, Dienstkleidung mit nach Hause zu nehmen und vor Dienstbeginn bzw. nach Dienstende auf dem Weg zur Dienststelle bzw. nach Hause zu tragen. Der Dienstherr könne nicht einseitig festlegen, dass das An- und Ablegen der Dienstkleidung nicht zur Dienstverrichtung gehöre. Vielmehr sei der Begriff des „Dienstes“ als unbestimmter Rechtsbegriff der Auslegung durch die Gerichte zugänglich.



Produkttipps



v. Roetteken

Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz – AGG

Loseblattwerk in 3 Ordnern

ISBN 978-3-7685-6344-4

€ 119,95 zzgl. Aktualisierungen

€ 199,95 ohne Aktualisierungen

Im AGG werden Merkmale und Tatbestände von Diskriminierung, Ungleichbehandlung und Benachteiligung bestimmter Bevölkerungsgruppen konkretisiert. Dabei entstehen eine Menge neuer Pflichten für Arbeitgeber und Dienstherrn, über deren Einhaltung Betriebs- bzw. Personalräte, betriebliche Beschwerdestellen und Gleichstellungsbeauftragte wachen.

Der Kommentar erläutert ausführlich die arbeitsrechtlichen Vorschriften des AGG, die Diskriminierungstatbestände und deren Vermeidung, unzulässige Verhaltensformen, Beschwerderechte und Rechtsschutz für die Betroffenen sowie Rechtsfolgen bei Verletzungen des Gesetzes. Die Kommentierung berücksichtigt eingehend die – vor allem europäische – Rechtsprechung. Die wichtigsten Urteile der Streitfälle werden in der Entscheidungssammlung fortlaufend ergänzt.

Durch die Verknüpfung von Kommentar und Rechtsprechung erhalten die Leserinnen und Leser einen zuverlässigen Überblick über die Thematik, sie können sich eine fundierte Meinung bilden und diese durch entsprechende Argumente untermauern. Der Kommentar wird durch die Loseblattform stets auf dem aktuellen Stand gehalten und liefert einen wichtigen Beitrag, um Diskriminierung zu vermeiden.

[\[mehr Info\]](#)

III. Zum Urteil des OVG Nordrhein-Westfalen

Das Berufungsgericht ist dem Vortrag des Landes Nordrhein-Westfalen als Berufungskläger im Wesentlichen gefolgt und hat das erstinstanzliche Urteil (teilweise) aufgehoben.

Der im Wach- und Wechseldienst eingesetzte Polizeibeamte sei verpflichtet, seine Uniform vor der zeitlich festgelegten Schicht an- und erst nach dem Schichtende abzulegen. Erklärend wurde angemerkt, dass zur Uniform nach der Dienstkleidungsordnung der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen alle Kleidungsstücke gehörten, die den Angehörigen der Polizei vom Dienstherrn unentgeltlich zur Verfügung gestellt würden. Demnach zählten persönlich zugewiesene Ausrüstungsgegenstände, wie z. B. die Pistole oder die ballistische Unterziehweste, nicht zur Dienstkleidung.

Problematisiert wurde bei der Entscheidung des Gerichts u. a., dass es keine unmittelbaren normativen Anknüpfungspunkte für die Beantwortung der Frage gebe, ob die Zeit, die für das An- und Ablegen der Polizeiuniform in der Dienststelle erforderlich ist, Arbeitszeit darstelle. Weder die geltende AZVOPol, noch das Arbeitszeitgesetz oder europarechtliche Vorschriften (z. B. die Richtlinie 2003/88/EG des Europäischen Parlaments) gäben konkret vor, wann die Arbeitszeit beginnt und endet.

Die Richter des 6. Senats des OVG Nordrhein-Westfalen mussten daher mangels einer spezialgesetzlichen Regelung auf das beamtenrechtliche Dienst- und Treueverhältnis – wie es Artikel 33 Abs. 4, Abs. 5 GG zu entnehmen ist – zurückgreifen.

Aufgrund rechtlicher Besonderheiten des Beamtenverhältnisses wäre es nicht zulässig, vergleichbare arbeitsvertragliche oder tarifliche Bestimmungen zur Lösung des vorliegenden Falles entsprechend heran-

zuziehen. Dies folge bereits aus der unterschiedlichen Ausgestaltung von Beamtenrecht und Arbeits- bzw. Tarifrecht. Daher könne aus der Rechtsprechung der Arbeitsgerichtsbarkeit, welche einem Arbeitnehmer unter bestimmten Voraussetzungen für die Zeit des An- und Ablegens von Arbeitskleidung einen Vergütungsanspruch zuspricht bzw. Umkleidezeiten zur vertraglich geschuldeten Arbeitsleistung zurechnet, nicht gefolgert werden, dass einem Beamten für derartige Vorgänge ein (zusätzlicher) Vergütungsanspruch zustehe bzw. die hierfür erforderliche Zeit als Arbeitszeit anzuerkennen sei.

Zur Beantwortung der oben aufgezeigten Streitfrage nahm das Gericht eine Bewertung der Interessen des Dienstherrn und des Beamten vor, welche sich an dem wechselseitig bindenden Dienst- und Treueverhältnis orientiert.

Das OVG kam zu dem Ergebnis, dass das An- und Ablegen der Polizeiuniform sowohl im Interesse des Dienstherrn, als auch im Interesse des Polizeibeamten liege. Denn es sei dem Polizeibeamten die Möglichkeit überlassen, die Uniform bereits zuhause anzulegen und sich uniformiert zur Dienststelle zu begeben. Bei dieser Variante erspare sich der Beamte das Anlegen der ansonsten üblichen Zivilkleidung und das Umziehen auf dem Polizeirevier. Nach Ansicht der Richter des Obergerichts sei dieser Vorgang allein der Interessensphäre des Beamten zuzurechnen.

Die Einlassung der Klägerseite, dass es einem Beamten nicht zumutbar sei, auf dem Weg zu und von der Dienststelle die Polizeiuniform zu tragen, weil er unter Umständen in eine Einsatzsituation gerät, hat das Berufungsgericht mit der Begründung zurückgewiesen, dass der Polizeibeamte aufgrund seines umfassenden Dienst- und Treueverhältnisses ohne-

Tipp



Der Blog zu Pro & Contra der Reform!

Von und mit **Dr. Maximilian Baßlisperger**. Er ist Experte auf dem Gebiet des öffentlichen Dienstrechts und seit 15 Jahren als Kommentator für das Bayerische Beamtenrecht tätig.

[\[Direkt zum Blog\]](#)

hin dazu angehalten wäre, auch außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit helfend tätig zu werden.

Darüber hinaus war das OVG der Ansicht, dass das Umkleiden vor bzw. nach dem Schichtdienst lediglich eine geringfügige Beeinträchtigung der individuellen Lebensführung des Beamten darstelle.

Einen möglichen Verstoß gegen das Gebot der Gleichbehandlung aus Art. 3, Abs. 1 GG schloss das Berufungsgericht ebenso aus. Bei Beamten im Wach- und Wechseldienst der Krad- oder Fahrradstreife sei die Zeit, welche diese Beamten für das Anliegen der hierfür erforderlichen Kleidung benötigen, als Arbeitszeit zu qualifizieren. Für die oben genannten speziellen Streifendienste sei es erforderlich, anstelle der üblichen Polizeiuniform besondere Sicherheits- und Schutzkleidung zu tragen. Eine – für einen möglichen Verstoß gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz erforderliche – Vergleichbarkeit der Gruppe der Beamten der Krad- oder Fahrradstreife mit der Gruppe der „regulären“ Streifenbeamten im Polizeivollzugsdienst gäbe es daher nicht. Eine Ungleichbehandlung von wesentlich Gleichem könne nicht vorliegen.

Ähnliches gelte für Polizeibeamte, welche nicht im Wach- und Wechseldienst tätig sind. Diesen Beamten sei es erlaubt, die Uniform während des Dienstes an- und abzulegen. Hintergrund hierfür sei jedoch eine völlig andere Regelung der Arbeitszeit. Beispielhaft wurde genannt, dass die Arbeitszeit eines nicht im Wechseldienst tätigen Beamten für eine halbe Stunde unterbrochen werde und diese Pause – unabhängig davon, ob sie tatsächlich erfolge – nicht auf die Arbeitszeit angerechnet werde. Regelmäßige Pausenzeiten von Polizeibeamten im Wach- und Wechseldienst blieben bei der Ermittlung der geleisteten Arbeitszeit unberücksichtigt.

IV. Zusammenfassung

In der Vergangenheit haben verschiedene Verwaltungsgerichte diesen Sachverhalt abweichend vom Urteil des OVG Nordrhein-Westfalen entschieden. So beispielhaft das VG Münster, 4. Kammer (AZ: 4 K 1753/08 – Urteil vom 01.07.2010) oder auch das VG Düsseldorf, 2. Kammer (AZ: 2 K 7479/07 – Urteil vom 21.03.2006), welches bei der Lösung der Thematik zwischen so genannten Vorbereitungshandlungen im Rahmen der Dienstbereitschaft und den Übergabe-

und Rüstzeiten im Rahmen der Einsatzbereitschaft unterscheidet.

Mit der Entscheidung des OVG wurde ein seit Jahren existierender Streitpunkt obergerichtlich geklärt. Dem Urteil ist sicherlich Signalwirkung für Verfahren auch über die Landesgrenzen von Nordrhein-Westfalen hinaus beizumessen.

Wie bereits oben angesprochen, war die Frage der Übergabe- und Rüstzeiten nicht streitgegenständlich, sodass zu erwarten ist, dass zu dieser Problematik obergerichtliche Entscheidungen noch erfolgen werden.

Markus Pferinger



**www.rehmnetz.de –
Besuchen Sie unsere Themenseiten!**

[Beamtenrecht](#)
[Personalvertretungsrecht](#)
[Gleichstellungsrecht](#)

Neues von rehmnetz.de

- **Download:** [Besoldungsblätter](#)
- **Gesetzgebung:** [Erstes Gesetz zur Modernisierung des Dienstrechts in Hessen \(1. DRModG\)](#)
- **Rechtsprechung:** [Streikrecht für Beamte](#)

Beamten-Blog

Jede Woche bloggt unser Experte Dr. Maximilian Baßlsperger auf rehmnetz.de Aktuelles rund ums Beamtenrecht. Die neuesten Themen:

- [Disziplinarrecht einmal ganz anders](#)
- [Keine Geschenke für Beamte](#)

bestellcoupon per Fax an: 0 89 / 21 83-76 20



Ja, ich bestelle:

Ihre Arbeitshilfen

Expl. ____ Baßlperger
Einführung ins Beamtenrecht
 Die Rechtslage in Bund und Ländern
 nach der Dienstrechtsreform
 Internetausgabe
 ISBN 978-3-8073-0200-3
 Halbjahrespreis für 3 Zugriffe, € 24,50



Expl. ____ v. Roetten/Rothländer (Hrsg.)
Beamtenstatusgesetz
 Kommentar
 Loseblattwerk in 2 Ordnern
 ISBN 978-3-7685-0953-4, € 129,95*

Expl. ____ Internetausgabe
 Inklusive „Einführung ins Beamtenrecht“
 ISBN 978-3-7685-1353-1
 Halbjahrespreis für 3 Zugriffe, € 75,00



Expl. ____ Schütz +/Maiwald/Brockhaus u. a.
**Beamtenrecht des Bundes
 und der Länder**
 dargestellt anhand des BeamStG, des LBG NRW
 und des BeamVG, einschließlich Vorschriften- und
 Entscheidungssammlung
 Loseblattwerk in 13 Ordnern
 ISBN 978-3-7685-5470-1, € 249,95*

Expl. ____ Auch erhältlich als Teilausgaben:
**Beamtenrecht des Bundes
 und der Länder**
 dargestellt anhand des BeamStG und des LBG
 NRW, einschließlich Vorschriftensammlung
 Loseblattwerk in 5 Ordnern
 ISBN 978-3-7685-5870-9, € 169,95*

Expl. ____ **Beamtenrecht des Bundes
 und der Länder**
 Entscheidungssammlung
 Loseblattwerk in 7 Ordnern
 ISBN 978-3-7685-5970-6, € 129,95*



Expl. ____ Kathke/Pfeffer/Speckbacher
Beamtenrecht
 Checklisten, Muster
 Loseblattwerk im Ordner
 ISBN 978-3-7685-8360-2, € 99,95*



**Picken Sie sich
 das Beste heraus!**

Wichtige Informationen
 zum Themenkomplex
 Beamtenrecht finden Sie auf
 unserer Homepage!

[mehr Info]



Weitere Bestellmöglichkeiten

Bestellhotline:
0 800 / 21 83-333

Bestellfax:
0 89 / 21 83-76 20

Per E-Mail:
kundenbetreuung@hjr-verlag.de

Per Internet:
www.rehmnz.de

Per Post:
Verlagsgruppe
Hühlig Jehle Rehm GmbH
81677 München

Weitere Arbeitshilfen

Expl. ____ Baßlperger
**Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM) und
 Beendigung von Arbeits- und Beamtenverhältnissen
 wegen Krankheit**
 E-Book, ISBN 978-3-8073-0259-1, € 16,95
 Erscheinungstermin: ca. März 2011

Expl. ____ Auch erhältlich als Broschüre:
 Softcover, ISBN 978-3-8073-0263-8, € 19,95
 Erscheinungstermin: ca. Mai 2011

Expl. ____ Dr. Maximilian Baßlperger (Hrsg.)
Einführung in das neue Beamtenrecht
 Mit den Neuregelungen durch das
 Beamtenstatusgesetz sicher umgehen
 Softcover
 ISBN 978-3-8073-0125-9, € 39,90

Expl. ____ Auerbach
Das neue Bundesbeamtengesetz
 Synopse mit Kurzerläuterungen zu den Änderungen im BBG
 Softcover
 ISBN 978-3-8073-0111-2, € 29,90

* zzgl. Aktualisierungslieferung

Hier können Sie unser komplettes Titelangbot
 zum Bereich Beamtenrecht einsehen.

WAN 515178

Einrichtung/Firma	Kundennummer (falls zur Hand)
Besteller/in Vorname/Name	
Funktion	
Straße/Hausnummer	PLZ/Ort
Telefon (freiwillig)*	Telefax (freiwillig)*
E-Mail (freiwillig)*	
Ort/Datum	Unterschrift

Ein Angebot der Verlagsgruppe Hühlig Jehle Rehm GmbH,
 Heidelberg, München, Landsberg, Frechen, Hamburg; im
 Fachbuchhandel erhältlich; Preisänderung vorbehalten!

Garantiert mit Rückgaberecht.
 Die Ansichtsfrist für alle Fortsetzungswerke beträgt
 4 Wochen, für alle anderen Produkte 14 Tage. Sollte ich
 von dem Produkt nicht überzeugt sein, schicke ich es ohne
 weitere Verpflichtung zurück (bei Software inkl. versie-
 geltem Freischalt-Schlüssel). Die Rücksendung erfolgt an
 die auf der Rechnung angegebene Versandadresse.

**Aktualisierungsservice für Loseblattwerke
 und Software.**
 Dieser Service garantiert mir auch künftig rechtssicheres
 Handeln. Wenn sich für meine Arbeit wichtige Rechts-
 änderungen ergeben, erhalte ich automatisch eine
 Aktualisierung zum jeweils gültigen Preis. Dieser Service ist
 jederzeit kündbar.

Alle Preise zzgl. Versandkosten. Die Lieferung erfolgt
 auf Rechnung und Gefahr des Käufers. Bis zur voll-
 ständigen Bezahlung behalten wir uns das Eigentum an
 den gelieferten Produkten vor. Im Übrigen gelten die
 Geschäftsbedingungen des Verkäufers. Preisänderungen
 vorbehalten.

Stand Januar 2011

Herzlichen Dank für Ihre Bestellung!

***Datenschutzhinweis:** Ihre persönlichen Angaben werden von der Verlagsgruppe Hühlig Jehle Rehm ausschließlich für eigene Direktmarketingzwecke, evtl. unter Einbeziehung von Dienstleistern, verwendet. Darüber hinaus erfolgt die Weitergabe an Dritte nur zur Vertragsdurchführung oder wenn wir gesetzlich dazu verpflichtet sind. Sie können der Nutzung Ihrer Daten gegenüber der untenstehenden Adresse in Textform widersprechen ohne dass hierfür andere Übermittlungskosten nach dem jeweiligen Basistarif entstehen.
 Verlagsgruppe Hühlig Jehle Rehm GmbH, Hultschiner Straße 8, 81677 München.

:: rehm